

aktuelle analysen | 70



Hanns
Seidel
Stiftung

Krisenherd Iran

Innere Entwicklung und außenpolitischer Kurs
seit 2015

Reinhard Meier-Walser / Wahid H. Tabatabai

Reinhard Meier-Walser / Wahid H. Tabatabai

KRISENHERD IRAN

Innere Entwicklung und außenpolitischer Kurs seit 2015

Inhalt

1. Kriegsgetrommel am Persischen Golf: Die USA und der Iran vor einer militärischen Konfrontation?	5
2. Der lange Weg zum Wiener Atomkompromiss	7
3. Wirtschaftliche Konsequenzen des JCPOA	11
3.1 Irans Wirtschaft nach der Islamischen Revolution von 1979 bis 2016	12
3.2 Die Iranische Wirtschaft von 2016 bis 2019	13
3.2.1 Wirtschaftliche Kooperation zwischen Deutschland und Iran	14
3.2.2 Konsequenzen des Rückzugs der USA aus dem Atomabkommen	15
3.2.3 INSTEX als Instrument zur europäischen Kompensation US-amerikanischer Sanktionen	16
3.2.4 Herausforderungen von INSTEX	17
3.3 Ökonomischer Ausblick	18

4. Innenpolitische Konsequenzen des JCPOA	19
4.1 Aktuelle innenpolitische Lage	19
4.2 Parlamentswahlen 2020	20
4.3 Perspektiven für die nächsten iranischen Präsidentschaftswahlen 2021	21
5. Außenpolitische und internationale Konsequenzen des JCPOA	22
5.1 Außenpolitische Chancen für Teheran	22
5.2 Die Neubewertung des Atomabkommens durch Donald Trump	23
6. Kann eine De-Eskalation der Iran-Krise (noch) gelingen?	26
6.1 Vermittlungsinitiativen internationaler Akteure	26
6.2 Kissingers „Linkage“-Politik als Modell erfolgreichen Krisenmanagements?	28
Anmerkungen	32

/// Innere Entwicklung und außenpolitischer Kurs seit 2015

Krisenherd Iran

In der krisengeschüttelten Region des Mittleren Ostens droht durch die Eskalation der Spannungen zwischen Washington und Teheran ein weiterer Konflikt in eine offene militärische Konfrontation zu münden. US-Präsident Donald Trump hatte bereits im Mai 2018 das multilaterale Atomabkommen mit Teheran einseitig gekündigt und in den vergangenen Monaten mehrfach neue Sanktionen gegen Teheran verhängt bzw. die Aufhebung alter Sanktionen rückgängig gemacht. Dadurch verlor die Landeswährung Rial deutlich an Wert und die wirtschaftliche Situation im Iran verschlechterte sich dramatisch.*

1. **Kriegsgetrommel am Persischen Golf: Die USA und der Iran vor einer militärischen Konfrontation?**

Unter dem Eindruck wachsender interner Kritik durch klerikale Hardliner und revolutionäre Garden, die Trump im April 2019 auf die Liste von „Terrororganisationen“ gesetzt hatte, ging Anfang Mai der iranische Präsident Hassan Rohani selbst in die Offensive, kündigte eine partielle Aussetzung des Atomdeals an und drohte explizit mit einer Wiederaufnahme des nuklearen Anreicherungsprogrammes, sollte Europa nicht binnen 60 Tagen in der Lage sein, die US-Sanktionen gegen sein Land durch entsprechende Maßnahmen zu kompensieren.

Washington antwortete mit der Verlegung eines Flugzeugträgers, eines Bombergeschwaders sowie einer Patriot-Abfangraketenstaffel in die Golfregion, während gleichzeitig Präsident Trump, Außenminister Pompeo und Sicherheitsberater Bolton die Tonart verschärfen und weitgehend unverhohlen mit Militärschlägen gegen den Iran zu drohen begannen. Unterstrichen wurden die verbalen Attacken durch den Abzug großer Teile des US-Botschaftspersonals aus Bagdad. Aus Teheran wiederum kamen ebenfalls aggressive Töne, nicht nur von den Revolutionsgarden, deren Führer von

Trump und Rohani bedrohten sich gegenseitig.

einer bevorstehenden Konfrontation mit Irans „Feinden“ sprachen, sondern sogar vom Obersten Geistlichen Führer Ali Khamenei, der Gespräche mit Washington pauschal ablehnte und stattdessen zu Widerstand aufrief – was Kritiker des Iran als Aufforderung zu Anschlägen auf Schiffe feindlicher Staaten, Erdöl-Pipelines von Irans sunnitischem Erzfeind Saudi-Arabien oder US-amerikanische Staatsbürger etwa in Syrien und im Irak interpretierten. Vor diesem Hintergrund konkretisiert sich der Verdacht, der Iran könnte tatsächlich hinter einer Reihe von Anschlägen auf Öltanker nahe der Küste der Vereinigten Arabischen Emirate und im Golf von Oman sowie hinter dem von jemenitischen Huthi-Rebellen ausgeführten Drohnenanschlag auf eine saudische Pipeline stehen.

Bisheriger Höhepunkt der „Schlacht der Worte“ zwischen Washington und Teheran war schließlich eine Twitter-Kurznachricht Donald Trumps Mitte Mai, die aufgrund der expliziten Drohung mit der Vernichtung Irans in ihrer Schärfe nicht mehr zu übertreffen ist. Nach einer von US-Militärs bestätigten Explosion einer Katjuscha-Rakete in der Nähe der US-amerikanischen Botschaft in der „Grünen“ Sicherheitszone Bagdads kündigte der Präsident das „offizielle Ende des Iran“ an, falls dieser kämpfen wolle: „If Iran wants to fight, that will be the official end of Iran.“

In der derzeitigen Krise am Persischen Golf kann schon ein nachrangiger Zwischenfall einen Krieg auslösen.

In einer derart spannungsgeladenen Krisensituation, die geprägt wird durch beiderseitige Drohgebärden und Provokationen, kann bereits ein vergleichsweise unbedeutender Zwischenfall, ein Missverständnis oder eine Fehlperzeption dazu führen, dass den verbalen Attacken eine unmittelbare militärische Konfrontation folgt – mit katastrophalen und in ihrer regionalen bzw. internationalen Reichweite gar nicht absehbaren Folgen.

Wie kann es sein, dass es zu dieser dramatischen Zuspitzung der Spannungen zwischen Washington und Teheran gekommen ist? Noch vor vier Jahren – im Zuge des Abschlusses des Atomabkommens zwischen der Internationalen Gemeinschaft und Teheran im Juli 2015 – hatten sich Spitzenpolitiker und -diplomaten der USA und des Iran in Wien die Hand gereicht und sogar über die Möglichkeit der Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen ihren Ländern gesprochen.

Auf den folgenden Seiten soll versucht werden, die Genese der Krisenkonstellation und ihren bisherigen Verlauf analytisch zu rekonstruieren, um später die Frage nach De-Eskalationsmöglichkeiten zu stellen. In einem ersten Abschnitt werden zunächst Hintergründe des Atomkonfliktes sowie die Inhalte des im Juli 2015 geschlossenen Abkommens zwischen der „P5+1-Gruppe“ (den fünf Ständigen Mitgliedern des UNO-Sicherheitsrates USA, Russland, China, Großbritannien, Frankreich plus Deutschland) kurz skizziert.

2. Der lange Weg zum Wiener Atomkompromiss¹

Seinen Ausgangspunkt hatte der Atomkonflikt zwischen der Internationalen Gemeinschaft und dem Iran im August 2002, als durch Geheimdienstinformationen bekannt wurde, dass der Iran unter Missachtung der Offenlegungspflichten eines im Jahre 1974 mit der Internationalen Atomenergie-Organisation (International Atomic Energy Agency, IAEA) geschlossenen „Safeguards Agreement“ eine Urananreicherungsanlage in Natanz und einen Schwerverwasserreaktor in Arak baute, der nach seiner Inbetriebnahme zur Herstellung von Plutonium fähig gewesen wäre. Ab diesem Zeitpunkt erfuhr der Atomkonflikt verschiedene Wendungen, mitunter vorsichtige Annäherung und Hoffnungen auf eine friedliche Beilegung, dann wieder Konfrontation und Eskalation.

Dessen ungeachtet blieben drei Konstanten dieses Konfliktes bis zur (vorläufigen) diplomatischen Beilegung im Jahr 2015 unverändert: Erstens Teherans Leugnung jeglicher, über die zivile Nutzung der Kernenergie hinausgehender nukleartechnischer (militärischer) Ambitionen; zweitens – damit eng zusammenhängend – Teherans Strategie der Behinderung der IAEA, die im Nuklearen Nichtverbreitungsvertrag (NVV) vorgesehenen Inspektionen iranischer Atomanlagen durchzuführen; und drittens die Möglichkeiten des Ausgangs des Konfliktes. Es gab immer lediglich drei: Erstens eine diplomatische, unblutige Lösung auf dem Verhandlungsweg, zweitens Militärschläge gegen den Iran mit dem Ziel der nuklearen Entwaffnung und drittens die Perspektive, dass der Iran tatsächlich Atommacht wird.

US-Präsident Barack Obama maß der Herausforderung durch das iranische Atomprogramm von Anfang an hohe Bedeutung bei und setzte sich mit großer Energie für eine diplomatische Lösung des Konfliktes ein. Obwohl er im Sinne der vielbemühten Formel, wonach „alle Optionen auf dem Tisch“ lägen, zu keinem Zeitpunkt seiner Präsidentschaft eine militärische „Lösung“ des Atomkonfliktes völlig ausschloss, war er in hohem Maße bemüht, eine diplomatische Einigung zu erreichen. Dies erklärt möglicherweise auch, dass er in den fast zweijährigen Atomverhandlungen nach Antritt des neuen iranischen Präsidenten Rohani im Sommer 2013 bis zum endgültigen Abkommen von Wien im Juli 2015 nicht die von manchen seiner republikanischen Gegner im Kongress geforderte strikte Kompromisslosigkeit gegenüber dem Iran (Einstellung des gesamten Anreicherungsprogramms) zeigte, sondern das von Teheran reklamierte Recht der zivilen Nutzung der Kernenergie grundsätzlich (allerdings unter strengen Auflagen) akzeptierte. Obama wollte jedenfalls – zumal als Träger des Friedensnobelpreises – weder als derjenige US-Präsident in den Geschichtsbüchern notiert werden, der einen Krieg gegen den Iran geführt hatte, noch in dessen Amtszeit der Iran die militärische Atomschwelle überschreiten konnte.

Bis 2015 gab es drei unveränderte Szenarien des Atomkonflikts.

Obama wusste, dass Militärschläge gegen den Iran mit dem Ziel, Teherans Atom-Option langfristig zu vereiteln, eine umfassende Zerstörung der gesamten atomaren Infrastruktur bedeutet hätten, verbunden „mit der Drohung erneuter Angriffe, falls das Programm wieder aufgenommen wird“.² Dies hätte zum einen weitgehend unkalkulierbare Konsequenzen mit Blick auf die Opferzahlen und Folgen der nuklearen Verseuchung nach sich gezogen, zum anderen aber den Konflikt zusätzlich verschärft und eine diplomatische Lösung damit endgültig unmöglich gemacht. Obama wusste aber auch, dass es möglicherweise nur eine Frage der Zeit sein würde, bis der Iran die Schwelle zur Atommacht überschreiten würde, falls sich Teheran nicht auf dem Verhandlungsweg von seinen militärischen Atomplänen abbringen lassen sollte und die USA sich nicht zu Militärschlägen entschließen würden.

Eine Realisierung des Szenarios einer Atommacht Iran wollte Obama um nahezu jeden Preis vermeiden. Erstens hatte Israel niemals Zweifel daran gelassen, dass es eine nukleare Bewaffnung des Iran schlichtweg nicht akzeptieren würde. Mithin war mit diesem Szenario eine militärische Konfrontation zwischen Israel und dem Iran nahezu zwangsläufig verbunden. Zweitens widersprach jede Form horizontaler nuklearer Proliferation Obamas außenpolitischem Kernprojekt „Global Zero“, dem langfristigen Ziel einer atomwaffenfreien Welt.³ Und drittens befürchtete Obama, dass das Überschreiten der Atomschwelle durch den Iran in den anderen Staaten der Region des Mittleren Ostens als eine signifikante Veränderung des machtpolitischen Status quo gewertet würde. Deren Regierungen, so Obamas Kalkül, würden mit zusätzlichen Aufrüstungsprogrammen reagieren, wobei nicht auszuschließen wäre, dass in diesem Zusammenhang auch atomare Optionen erwogen würden. Eine atomare Bewaffnung des Iran hätte in dieser Perspektive sowohl einen konventionellen Rüstungswettlauf als auch einen nuklearen Proliferationsschub auslösen können. Das nukleare Nichtverbreitungsregime „wäre endgültig Makulatur“ geworden.

**Die personelle Konstellation
in den Machtzentralen
Washingtons und Teherans
ist eine Ko-Determinante
des Atomkonflikts.**

Mitausschlaggebend für die bereits erwähnte wechselvolle Entwicklung des Atomkonfliktes zwischen Phasen der bedrohlichen Konfrontation und Phasen der konstruktiven Entspannung war die personelle Konstellation in den obersten Entscheidungszentren Washingtons und Teherans. Als nach den Terrorattacken gegen New York und Washington der moderate iranische „Reform-Präsident“ Mohammad Khatami den USA Hilfestellung bei der Anti-Terror-Politik anbot, reagierte US-Präsident George Bush mit der Inkludierung des „Schurkenstaates“ Irans in die „Achse des Bösen“. Eine diplomatische Beilegung des Atomkonfliktes war unter diesen Gegebenheiten nicht realistisch möglich. Bemerkenswert ist aber, dass sich der spätere iranische Präsident Rohani bereits als Vorsitzender des Nationalen Sicherheitsrates in den Jahren 2003 bis 2005, also unter dem Reformpräsidenten Khatami,

für direkte Verhandlungen mit den USA aussprach – eine Initiative, für die nach Angaben des ehemaligen Generaldirektors der IAEA, Mohamed ElBaradei, die Bush-Administration damals nicht bereit war.

ElBaradeis Ausführungen zufolge wäre schon im März 2005 eine Verhandlungslösung nicht unmöglich gewesen, als Rohani als iranischer Unterhändler einen Kompromissvorschlag vorlegte, der auf der Basis einer stark reduzierten Urananreicherung einen Mittelweg zwischen den Positionen der „Hardliner“ in Teheran und den Forderungen der USA und der Europäer hätten weisen können. Der Iran hätte alle „industrial scale efforts“ bei der Anreicherung von Uran „eingefroren“. Auch wäre der IAEA Zugang zu allen Prozessen in diesem engeren Bereich gewährt worden. Gänzlich auf eine eigenständige Urananreicherung hätte aber auch Rohani langfristig nicht verzichten wollen. Er hätte dies auch nicht tun können, weil er, wie ElBaradei bemerkte, auch unter dem Druck der Hardliner in seiner Heimat stand.⁴

Als schließlich Barack Obama im Januar 2009 im Weißen Haus in Washington einzog, amtierte in Teheran nicht mehr der moderate Reformer Khatami, sondern dessen Nachfolger Mahmud Ahmadinedschad, ein aggressiv auftretender Präsident, der den westlichen Demokratien und insbesondere den USA gegenüber äußerst misstrauisch und ablehnend gegenüberstand. Bereits zwei Tage nach seinem Amtsantritt im August 2005 hatte er Hassan Rohani als iranischen Atomunterhändler abgelöst. Unter Ahmadinedschad, der mit dem Präsidenten Venezuelas, Hugo Chavez, eine vom gemeinsamen Hass gegen die USA getragene Allianz einging, rückte eine diplomatische Lösung des Atomkonfliktes wieder in weite Ferne. Zwar fanden auch in der „Ära“ Ahmadinedschad Verhandlungen zwischen der Internationalen Gemeinschaft und Teheran statt, jedoch verliefen sie allesamt ohne greifbaren Erfolg. Zu weit lagen die Positionen auseinander, zu sehr waren die Beziehungen zwischen den „P5+1“ auf der einen und Teheran auf der anderen Seite durch Misstrauen belastet.

Wenige Tage nach der letzten, wiederum ergebnislosen Verhandlungsrunde unter Ahmadinedschad, die im kasachischen Almaty stattgefunden hatte, eröffnete der Iran eine weitere Uran-Produktionsanlage in Ardakan in der Provinz Yazd, die, so das iranische Staatsfernsehen, eine jährliche Produktionskapazität von 60 Tonnen konzentriertem Uran, sogenanntem „Yellowcake“ habe. Irans Präsident rief die iranischen Atomwissenschaftler zu einer Beschleunigung ihrer Arbeit auf und betonte, sein Land beherrsche mittlerweile die „gesamte Kette der Atomenergie“. Diese Provokation belastete das ohnehin angespannte Verhältnis zwischen Teheran und der internationalen Gemeinschaft zusätzlich und machte es noch fraglicher, ob in naher Zukunft eine weitere Verhandlungsrunde anberaumt werden könne.

Von Bush / Khatami zu Obama / Ahmadinedschad: Die Verhandlungen treten auf der Stelle.

Dass sich diese düstere Perspektive binnen weniger Monate grundlegend ändern würde, war im April 2013 noch nicht abzusehen. Als aber bei den iranischen Präsidentschaftswahlen im Juni 2013 Mahmud Ahmadinedschad durch Hassan Rohani abgelöst wurde, konnte nach langen Jahren konfrontativer Atmosphäre innerhalb kurzer Zeit ein neues Kapitel in den Beziehungen zwischen Teheran auf der einen und Washington und seinen Verbündeten auf der anderen Seite aufgeschlagen werden.

Unter dem Eindruck einer offenkundigen konstruktiven Dialogbereitschaft der neuen iranischen Regierungselite, in deren Reihen mehrere Absolventen US-amerikanischer Universitäten zu finden waren, kam rasch Bewegung in die verhärteten Fronten. Bereits wenige Wochen nach Rohanis Amtsantritt fand im September 2013 in Genf eine neue Verhandlungsrunde zwischen den „P5+1“ und dem Iran zur Lösung des Atomkonfliktes statt, die erstmals vom spürbaren Konzessionswillen der iranischen Delegation geprägt war.

Nach Rohanis Amtsantritt erfolgte der Verhandlungsdurchbruch in Genf.

Nachdem im Verlauf der zweiten Jahreshälfte 2013 auch Gespräche zwischen Delegierten Teherans und der IAEA konstruktiv verliefen, fanden weitere Verhandlungen zwischen den „P5+1“ und dem Iran statt, wobei die letzte Runde Ende November 2013 dann zusammen mit bilateralen Geheimgesprächen zwischen Washington und Teheran zu einem auf sechs Monate befristeten „Gemeinsamen Aktionsplan“ (Joint Plan Of Action) führte. Dieser Vereinbarung zufolge stoppte der Iran sein Atomprogramm und lenkte konkret in drei Punkten ein: Erstens wurde die Urananreicherung auf über 5 % ausgesetzt. Die vorhandenen rund 200 Kilogramm auf 20 % angereichertes Uran wurden entweder auf unter 5 % verdünnt oder zu Brennstäben für den Teheraner Forschungsreaktor umgewandelt. Weitere Zentrifugen (damals etwa 19.000, davon rund 8.000 noch nicht in Funktion) wurden nicht mehr in Betrieb genommen und die verbunkerte Anreicherungsanlage in Fordow wurde stillgelegt. Daneben wurde der sog. zweite Weg zur Atom-bombe geschlossen, indem der Bau am Schwerwasserreaktor in Arak, einem Plutoniumbrüter, eingestellt wurde. Drittens akzeptierte Teheran weitergehende Inspektionen durch die IAEA, darunter tägliche Inspektionen der Anlagen in Natanz und Fordow. Im Gegenzug gab der Westen eingefrorene iranische Guthaben aus Ölverkäufen frei und lockerte gewisse Sanktionen auf den Handel mit Edelmetallen und petrochemischen Erzeugnissen.

Ohne auf die weiteren mühsamen, kontroversen und langwierigen Verhandlungen, die in Genf, Lausanne und Wien geführt wurden, im Detail einzugehen – die Schwierigkeiten lagen sowohl in Diskrepanzen zwischen den „P5+1“ und Teheran als auch insbesondere nach der Eskalation der Ukraine-Krise in Unstimmigkeiten und Spannungen innerhalb der „P5+1“ – lässt sich rückblickend feststellen, dass dieses Interimsabkommen im Wesentlichen die Eckpunkte des späteren Kompromisses skizzierte.

Dieser Kompromiss wurde schließlich in Form eines über 150 Seiten umfassenden „Gemeinsamen Umfassenden Aktionsplanes“ („Joint Comprehensive Plan Of Action“, JCPOA) von den „P5+1“ und Teheran am 14. Juli 2015 in Wien besiegelt. Dem JCPOA zufolge musste der Iran sein Atomprogramm drastisch reduzieren und darf Kernenergie unter strenger internationaler Kontrolle der IAEA lediglich zivil nutzen. Nach Erfüllung der entsprechenden Auflagen sollten die internationalen Sanktionen aufgehoben werden. Nachdem die IAEA die Erfüllung der Auflagen Mitte Januar 2016 bestätigte, wurden die internationalen und europäischen sowie die meisten der US-Sanktionen gegen den Iran aufgehoben.

Während das Atomabkommen in Europa überwiegend positive Würdigung als „Durchbruch“ in den Beziehungen zu Teheran fand, wurde es von anderen Stimmen auch als „vergebene Chance“ geißelt und insbesondere von großen Teilen der Republikanischen Partei im US-Kongress sowie von Irans traditionellen Gegnern Israel und Saudi-Arabien heftig kritisiert. Obwohl sich die europäischen Signatarstaaten des Abkommens durchaus bewusst waren, dass das JCPOA u. a. wegen seiner begrenzten Laufzeit von 15 Jahren sowie der nicht restlos geklärten Frage der Lückenlosigkeit der Inspektionen durch die IAEA vor Ort keine optimale Lösung darstellte, betonten sie die Notwendigkeit eines Kompromisses, um überhaupt eine Vereinbarung zu erreichen. Das Beharren auf Maximalpositionen der westlichen Verhandlungsdelegationen – etwa ein vollständiges Verbot der zivilen Nutzung der Kernenergie – hätte der Iran schlichtweg nicht akzeptiert. Die Alternative zum Wiener Kompromiss vom Juli 2015 wäre somit ein endgültiges Scheitern der Verhandlungen gewesen, das die Gefahr einer Wiederaufnahme des waffenfähigen Nuklearprogramms des Iran und damit einer militärischen Konfrontation mit Israel und / oder den USA drastisch erhöht hätte.

3. Wirtschaftliche Konsequenzen des JCPOA

Die Unterzeichnung und spätere Implementierung des Atomabkommens hatte im Iran und im westlichen Ausland große Hoffnungen und Erwartungen erweckt. Insbesondere die junge Bevölkerung des Iran und viele moderate und liberale Kräfte sahen in diesem Vertrag einen großen Schritt in Richtung der Normalisierung der westlich-iranischen-Beziehungen. Das Ziel war, durch die wirtschaftliche und politische Entwicklung Irans und damit verbunden die Stabilisierung des Nahen und Mittleren Ostens große Fortschritte in Richtung einer friedlicheren Welt zu erreichen. Der Einfluss Irans auf den sogenannten „Goldenen Gürtel“ des südwestlichen Asiens, zu denen Länder wie Afghanistan, Iran, Irak, Syrien und Libanon zählen, stellt einen entscheidenden Macht- und Einflussfaktor Irans dar. Heute, vier Jahre

Mit dem Atomabkommen vom Juli 2015 verbinden sich Hoffnungen auf eine Normalisierung der Beziehungen zwischen Teheran und dem Westen.

nach der Unterzeichnung des JCPOA, stehen der Iran und die Europäer insbesondere durch die jüngsten Entwicklungen und den Austritt der USA aus diesem Vertrag vor entscheidenden innenpolitischen Herausforderungen. In den folgenden Abschnitten werden die wirtschaftliche und politische Lage Irans in den letzten vier Jahren und die Auswirkungen des Austritts der USA aus dem JCPOA auf den Nahen und Mittleren Osten untersucht.

3.1 Irans Wirtschaft nach der Islamischen Revolution von 1979 bis 2016

Der Iran besitzt eine Ausnahmestellung in der Region.

Iran ist ein Land mit einer Bevölkerung von über 80 Millionen Einwohnern, von denen über 75 % unter 30 Jahre alt sind. Als drittgrößte Volkswirtschaft im Nahen- und Mittleren Osten hat Iran mit einem Bruttoinlandsprodukt von USD 430,1 Milliarden⁵ im Jahre 2018 ein enormes wirtschaftliches Potenzial. Das Land verfügt über ein großes Erdöl- und Erdgaspotenzial, einen hohen Anteil an Jugendlichen in der Bevölkerung und eine geoökonomische Sonderstellung. Die Wirtschaftskomponente ist sowohl für die Betrachtung der inneren als auch äußeren politischen Entwicklung von außerordentlicher Signifikanz. Denn wie in den Abschnitten zuvor bereits dargelegt, ist der große Anreiz für die späteren Vertragspartner des JCPOA und insbesondere für den Iran, neben der verbesserten außen- und sicherheitspolitischen Stellung, vor allem die Reform des zentralistischen und zum großen Teil unter staatlicher Kontrolle und Steuerung befindlichen Wirtschaftssystems und die Re-Integration in den Weltmarkt gewesen.

Deshalb gilt es im Folgenden das iranische Wirtschaftssystem näher zu beleuchten, um die Bedeutung des JCPOA und die Auswirkungen eines möglichen Scheiterns für die iranische Wirtschaft besser vor Augen zu führen.

Die Schwerpunkte der iranischen Wirtschaft liegen in der Öl- und Gasindustrie, der Petrochemie, Kfz-Industrie, Landwirtschaft und Stahlindustrie. Die wirtschaftlichen Ziele sind in Fünf-Jahresplänen formuliert. Die iranische Wirtschaft ist von der Erdöl- und Erdgasproduktion abhängig, welches zugleich auch den wichtigsten Sektor der iranischen Wirtschaft darstellt. Die staatliche NIOC (National Iranian Oil Company) hat eine Monopolstellung in der Erdölförderung. Zugleich basieren über 80 % der iranischen Deviseneinnahmen auf dem Ölverkauf durch NIOC. Etwa 60 % dieser Deviseneinnahmen fließen jährlich in die Finanzierung staatlicher und halbstaatlicher Unternehmen, Institutionen und religiöser Stiftungen. Somit ist der Iran nahezu vollständig von seinem Erdölexport abhängig und eine Beschränkung des Erdölexports hat langfristig immense katastrophale Folgen für die Wirtschaft und Bevölkerung dieses Landes.

Neben der Erdöl- und Erdgasindustrie spielt die Stahl-, Zement-, Baustoff- und Textilindustrie eine sehr große Rolle, sodass ein Drittel aller erwerbstätigen Iraner in einer dieser Industrien beschäftigt ist und 38 % des Bruttoinlandsprodukts darin erwirtschaftet wird.⁶ Im Dienstleistungssektor, zu dem der Groß- und Einzelhandel, Kredit- und Finanzwesen, öffentliche Verwaltung und viele weitere Dienstleistungsarten zählen, sind 52 % der Iraner beschäftigt.⁷

Der private Sektor umfasst hauptsächlich Landwirtschaft und den Handelsbereich, der als Bazaar bekannt ist. Die iranische Wirtschaft ist bis zum Abschluss des JCPOA durch starken Inflationsdruck, steigender Binnenverschuldung, einem niedrigen Ölpreis und damit sinkende Exporteinnahmen und durch eine hohe inoffizielle Arbeitslosigkeit geprägt gewesen. Außerdem ist die weit verbreitete Korruption eine große Herausforderung. Transparency International führt Iran im Jahre 2018 in seinem Korruptionsindex auf Platz 138 von 180 berücksichtigten Ländern.⁸

Die Inflationsrate stieg in der Vorgängerregierung von Ex-Präsident Mahmoud Ahmadinedschad auf 34,7 % im Jahre 2013 an. Präsident Rohani konnte seit seiner ersten Wahl zum Präsidenten am 14. Juni 2013 die Inflationsrate auf 11,5 % im Jahre 2016 deutlich senken.

3.2 Die Iranische Wirtschaft von 2016 bis 2019

Ziel der derzeitigen Regierung ist die Stärkung des privaten Sektors und eine Privatisierung der staatlichen Unternehmen. Dazu zählen neben dem Vorantreiben der Privatisierung der Industrie, die Förderung ausländischer und privatwirtschaftlicher Investitionen und die Diversifizierung der Wirtschaft. Insbesondere setzte sich die Regierung Rohani zum Ziel, die Abhängigkeit der iranischen Wirtschaft von Öl und Gas zu mindern.

Speziell im Luftfahrtsektor ist durch die Gründung mehrerer lokaler Fluggesellschaften ein Schritt zur Auflösung der Monopolstellung der staatlichen Fluggesellschaft Iran Air und der halbstaatlichen Mahan Air geschaffen worden. Auch die Erteilung neuer Lizenzen zur Gründung privater Banken wurde unter der Regierung Rohani stark ausgebaut.

Die Aufhebung der Sanktionen gegen den Öl- und Finanzsektor in Folge des JCPOA haben ab dem Implementation Day am 16. Januar 2016 Erleichterungen in folgenden Wirtschaftsbereichen hervorgebracht: Der Zahlungsverkehr, u. a. der Anschluss an SWIFT, ermöglichte iranischen Banken, direkt an europäische Geldinstitute zu überweisen. In der Realität war jedoch die Überweisung häufig mit großen Schwierigkeiten verbunden und viele

Rohanis Ziel ist die Diversifizierung der Wirtschaft und Verminderung der iranischen Abhängigkeit von Öl und Gas.

deutsche Geldinstitute nahmen Gelder, die aus Iran-Geschäften stammten, nicht an. Dabei spielen iranische Banken, die vor der Islamischen Revolution von 1979 in Deutschland nach deutschem Recht gegründet worden sind, wie die Bank Melli Iran oder die Europäisch-Iranische-Handelsbank, eine große Rolle. Zu diesen Banken können bis heute direkt aus dem Iran Geldbeträge überwiesen werden. Jedoch besteht das große Problem, deutsche lokale Banken zu finden, die Geldbeträge von diesen Banken akzeptieren. Deshalb stehen viele Geschäftsleute und Unternehmen vor der Problematik, dass das Geld bis nach Deutschland überwiesen werden kann, aber der Betrag nicht von der Hausbank angenommen wird.

Des Weiteren konnten wieder Versicherungen für den Iran abgeschlossen werden. Hierbei ist die Rolle der Exportkreditversicherung der Bundesrepublik Deutschland, Euler Hermes, hervorzuheben, welche als Bestandteil der deutschen Außenwirtschaftsförderung durch Exportkreditgarantien deutsche Unternehmen vor Verlusten ausbleibender Zahlungen iranischer Geschäftspartner schützt.⁹ Außerdem wurden in den Bereichen Öl, Gas und Petrochemie, Schifffahrt, Schiffbau und Transport, Gold und anderen Edelmetallen, Banknoten und Münzen, Metalle und Software die Sanktionen deutlich aufgehoben.

Die Listen von Personen und Unternehmen, die sanktioniert sind, schrumpften deutlich. Sogar Dual-Use-Güter können nun unter Genehmigungsvorbehalt an den Iran geliefert werden.

Neben einem Rückgang der Inflationsrate konnte Iran ein Wirtschaftswachstum von über 6 % vorweisen. Jedoch sind keine signifikanten positiven Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt zu verifizieren.¹⁰

3.2.1 Wirtschaftliche Kooperation zwischen Deutschland und Iran

Als Wirtschaftspartner des Iran nimmt Deutschland eine Sonderstellung ein.

Durch die hohe Bildung der Iraner erfolgte in speziellen wirtschaftlichen Projekten ein großer Austausch von Arbeitskräften zwischen Deutschland und Iran. Die lange Tradition der Wirtschaftsbeziehungen zwischen diesen beiden Ländern ist dabei auch von großer Signifikanz. Dabei nimmt Deutschland eine Sonderstellung in der iranischen Wirtschaft ein. Deutschland ist in der iranischen Exportstatistik an fünfter Stelle (nach China, VAE, Südkorea und Türkei) und somit ein wichtiger Handelspartner der Iraner mit einem jährlichen Handelsvolumen von EUR 3,71 Milliarden (2018).¹¹ Nach dem JCPOA haben sich die wirtschaftlichen Exporte Deutschlands in den Iran von EUR 2,571 Milliarden (2016) auf EUR 2,97 Milliarden (2017) erhöht. Gleichzeitig sind die Exporte Irans nach Deutschland von EUR 313,7 Millionen auf EUR 410 Millionen angestiegen.¹² Die Exporte Deutschlands in den

Iran umfassen Maschinen, pharmazeutische Produkte, Automotive, den Bereich der Elektronik und Mess- und Regeltechnik. Im Gegenzug importiert Deutschland Lebensmittel, Öl, Rohstoffe, wie beispielsweise Kupfer und Aluminium, pharmazeutische Produkte und Textilien aus dem Iran. Eine Ausdehnung der wirtschaftlichen Kooperationen zwischen Iran und Deutschland hätte nach Prognosen ein großes Potenzial zur Folge.

3.2.2 Konsequenzen des Rückzugs der USA aus dem Atomabkommen

Seit dem unilateralen Rückzug der USA am 8. Mai 2018 sind die sekundären Sanktionen der USA wieder in Kraft getreten, so dass ein Rückfall auf die Situation vor dem 16. Januar 2016 zu verzeichnen ist. Die entscheidenden Industrien des Iran, also Öl und Gas, Automobil, Schifffahrt, die Bahn und der Finanzsektor sind von den neuen Sanktionen betroffen. Präsident Rohani bezeichnete am 21. Mai 2019 die aktuelle US-Wirtschaftspolitik als einen „Wirtschaftskrieg“ der USA gegen den Iran und dies kann durch die folgenden Ausführungen in Teilen untermauert werden.

Rohani: US-Sanktionen sind „Wirtschaftskrieg“ gegen den Iran.

Die oben beschriebene Inflationsrate hat sich nach einer weiteren Reduzierung auf 9,9 % im Jahre 2017 seit der Ankündigung des amerikanischen Präsidenten am 8. Mai 2018 auf 29,57 % im Jahre 2018 und auf 34,12 % in 2019 gesteigert.¹³ Das zeigt eine massive Zunahme der bereits beschriebenen Wirtschaftsprobleme für die normale Bevölkerung und der Regierung von Hassan Rohani. Die horrenden Erhöhungen der Haus-, Auto- und Lebensmittelpreise beeinflussen das tägliche Leben eines jeden Iraners. Auch der Währungsverfall von über 70 % gegenüber dem amerikanischen US-Dollar ist eine große Herausforderung für die Bevölkerung, weil im Gegenzug die Importwaren um fast ein Vierfaches gestiegen sind. Durch den sanktionierten Handel mit dem Iran versucht die Regierung, durch eine drastische Regulierung des Imports von Gütern und die Beschränkung auf die Einfuhr von lebensnotwendigen Gütern, den unnötigen Abfluss von Devisen zu verhindern. Dies beeinflusst auch im großen Maße die Preise von importierten Gütern.

Bei Betrachtung der Wirtschaftsexporte Deutschlands in den Iran fällt der Einfluss des Rückzugs der USA aus dem JCPOA am deutlichsten auf. Von EUR 369 Millionen im Monat Oktober 2018 ist der deutsche Export im Februar 2019 auf EUR 120 Millionen gesunken.¹⁴ Das entspricht einem Rückgang von fast 70 %. Aufgrund der aktuellen Lage sind keine neuen Projekte von deutscher Seite im Iran anvisiert und nur ältere Projekte werden zu Ende geführt. Große Firmen wie Siemens haben bereits seit Ende 2018 deutlich an Personal im Iran abgebaut und es kann davon ausgegangen

werden, dass das Exportvolumen vom Februar 2019 weiter schrumpfen wird. Der Import aus Iran ging von EUR 30 Millionen auf EUR 18,5 Millionen zurück,¹⁵ was einem Rückgang von ca. 38 % entspricht. Somit ist ersichtlich, dass die Drohungen des US-Präsidenten Trump und insbesondere des US-Botschafters in Deutschland, Richard Grenell, Wirkung zeigen und immer mehr deutsche Firmen und Banken das US-Geschäft dem Iran vorziehen.

Die Europäische Union, und an deren Spitze Deutschland, Frankreich und Großbritannien, stellt sich politisch entschieden gegen die US-Position. Auch China und Russland als Mitunterzeichner des JCPOA fordern die USA auf, am Atomabkommen festzuhalten. Um den Handel zwischen der EU und dem Iran aufrechtzuerhalten, hat die Europäische Kommission den sogenannten „blocking status“ ausgerufen, der besagt, dass europäische Firmen ohne Beachtung der US-Sanktionen Handel mit Iran betreiben dürfen. In diesem Zusammenhang spielt das Zahlungsinstrument INSTEX eine entscheidende Rolle und ist vielleicht das letzte Mittel der EU, das den Iran dazu bewegen kann, seine Drohung vom 8. Mai 2019 des graduellen Rückzugs aus dem JCPOA nicht wahrzumachen und doch noch am Atomabkommen festzuhalten.

3.2.3 INSTEX als Instrument zur europäischen Kompensation US-amerikanischer Sanktionen

Falls Europa die amerikanischen Sanktionen nicht kompensieren kann, droht ein vollständiger Austritt des Iran aus dem JCPOA.

Das Instrument for Supporting Trade Exchanges, kurz INSTEX, wurde am 31. Januar 2019 durch die drei europäischen Länder Deutschland, Frankreich und Großbritannien in Paris als Société par actions simplifiée, dem französischen Pendant einer GmbH, gegründet. Der Direktor dieser Zweckgesellschaft ist der deutsche Ex-Banker Per Fischer und Großbritannien wird den Vorsitz im Aufsichtsrat übernehmen.¹⁶ Ziel ist die Ermöglichung von „legitimen Finanztransaktionen“ mit dem Iran von Seiten Deutschlands, Großbritanniens und Frankreichs und damit eine Handelserleichterung zwischen der EU und dem Iran. Die Unterstützung kleiner und mittelständischer Unternehmen, sogenannter KMUs, ist das primäre Ziel von INSTEX. Der Zahlungsverkehr und damit Transaktionen sollen nicht mehr zwischen Exporteuren und Importeuren auf beiden Seiten vorgenommen werden, sondern über das Unternehmen INSTEX wie über ein „Clearing House“¹⁷ abgewickelt werden. Somit soll beispielsweise der iranische Importeur seine Rechnung nicht beim europäischen Exporteur begleichen, sondern beim iranischen Exporteur. Somit verrechnet INSTEX als Vermittlungsstelle die Forderungen europäischer und iranischer Unternehmer. Damit sind keine Finanztransaktionen zwischen EU und Iran mehr notwendig. Dieser Prozess soll über INSTEX organisiert und implementiert werden.¹⁸

Gleichzeitig ist die Gründung der Parallelgesellschaft zu INSTEX¹⁹ – dem sogenannten Special Trade and Finance Institute (STFI) – am 29. April 2019 in Teheran als ein Zeichen des starken Willens des Iran im Ausbau der europäisch-iranischen Beziehungen zu werten. Das Startkapital des STFI beträgt USD 24.000. Das iranische INSTEX-Pendant muss neben der Etablierung eines Zahlungsmechanismus, analog zum INSTEX in Europa, Ex- und Importeure zusammenbringen.

3.2.4 Herausforderungen von INSTEX

Jedoch gestaltet sich bis heute die Operationalisierung von INSTEX schwieriger, als in den Medien und in der Politik häufig dargestellt wird. INSTEX steht vor mehreren Herausforderungen. Zum einen ist der Handel, der über INSTEX betrieben werden kann, nur auf humanitäre Güter wie Lebensmittel, Medikamente, pharmazeutische Produkte und Medizintechnik beschränkt. Damit sind wichtige Maschinen oder Ersatzteile für die zentralen iranischen Industrien nicht vorgesehen, deren Kauf nach dem JCPOA Iran zustehen und deren Handel deutsche Unternehmer nur aus Befürchtung vor Sekundärsanktionen der USA mit dem Iran vermeiden. Damit ist der Handel mit nur „nicht sanktionsfähigen Gütern“ durch INSTEX vorgesehen.²⁰

Außerdem kann aufgrund der aktuellen Sanktionen der USA kein Öl nach Europa exportiert werden, um im Gegenzug beispielsweise humanitäre Güter zu importieren. Somit bleibt aufgrund der höheren Exporte Deutschlands in den Iran umgekehrt die Frage offen, wie dieses finanzielle Ungleichgewicht bei INSTEX ausgeglichen werden kann. Des Weiteren war INSTEX ursprünglich als eigenes Geldinstitut vorgesehen, welches jedoch nun ein Unternehmen ist, das wiederum selbst bei einer europäischen Bank ein eigenes Konto eröffnen muss. Somit ist auch hier eine Abhängigkeit von privaten Geldinstituten geschaffen worden, die in Zukunft kritische Situationen hervorbringen könnten.

Ein weiterer Punkt ist die Anerkennung von INSTEX durch die USA. Ohne diesen Zuspruch werden die mit den US-Sanktionen verbundenen Gefahren für deutsche und europäische Unternehmen nicht aus dem Spiel genommen. Aktuelle Entwicklungen zeigen, dass nach derzeitigem Stand und den Aussagen von Außenminister Mike Pompeo zufolge die USA den Handel mit humanitären Gütern über das Zahlungsinstrument INSTEX anerkennen würden.

Eine entscheidende Herausforderung werden die Einschränkungen beim Handelsvolumen sein, das eine Summe von maximal EUR 15 Millionen nicht überschreiten soll. Bei seinem Besuch in Teheran am 10. Juni 2019 betonte Bundesaußenminister Heiko Maas, die Operationalisierung von INSTEX vor

Die Umsetzung der ambitionierten INSTEX-Pläne wird durch mannigfaltige Herausforderungen und Probleme erschwert.

dem vom Iran am 7. Juli 2019 gesetzten Ultimatum abzuschließen und damit erste Handelsaktivitäten vorzuzeigen.

Auch die Generalsekretärin des Europäischen Auswärtigen Dienstes, Helga Schmid, versprach dem Iran bei ihrem Besuch Mitte Juni 2019 in Teheran wiederum wirtschaftlichen Profit aus dem JCPOA, sollte der Iran weiterhin am Atomabkommen festhalten.²¹ Der stellvertretende iranische Außenminister Abbas Araghchi betonte im Anschluss, dass INSTEX sich nicht nur auf humanitäre Güter beschränken dürfe und dies für das Festhalten Irans am JCPOA entscheidend wäre.

All diese Aussagen zeigen die verfahrenere Lage, die dieser Konflikt auf die Beziehungen zwischen der EU und dem Iran hat. Auf der einen Seite möchte die EU den Iran durch wirtschaftliche Anreize wie die Einrichtung des INSTEX dazu bewegen, am JCPOA festzuhalten. Auf der anderen Seite ist der politische Druck der USA auf die deutschen und europäischen Firmen so groß, dass viele Firmen trotz der Einrichtung solch einer „Tauschbörse“ sich aus Angst vor den Sekundärsanktionen der USA nicht auf ein neues Geschäft im Iran einlassen.

3.3 Ökonomischer Ausblick

Mit dem JCPOA wurde 2015 versucht, den Paria-Staat Iran wieder in die internationale Weltwirtschaft zu integrieren.

Iran ist ein Land mit den zweitgrößten Erdgas- und viertgrößten Erdölreserven auf dieser Welt. Die Rolle Irans als einer der größten Energielieferanten und sein enormes Potenzial im Industriesektor kann die internationale Weltwirtschaft nicht außer Acht lassen. Dieses Potenzial hatten die damaligen Unterzeichnerstaaten des JCPOA erkannt und wollten damit den Paria-Staat Iran auch wirtschaftlich wieder in die internationale Weltwirtschaftsordnung integrieren. Wie aus den bisherigen Ausführungen hervorgeht, sind die negativen Einflüsse des Rückzugs der USA aus dem JCPOA unübersehbar, wobei die größten Auswirkungen zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht beschrieben werden können und erst in einigen Monaten anhand von Zahlen verifizierbar sind. Klar ist aber heute schon die Tatsache, dass die Wirtschaft Irans enorm an den neu verhängten Sanktionen leidet und die Lage sich kurzfristig verschlechtern wird. Ob die von Europa ins Leben gerufene Zweckgesellschaft INSTEX den Ausgleich für die durch US-Sanktionen wegfallenden Einnahmen des Iran schaffen kann, ist fraglich und kann erst in Zukunft beurteilt werden. Insgesamt ist die starke Abhängigkeit von Ölexporten und die Auswirkungen auf die iranischen Staatseinnahmen eng mit der internationalen Politik verbunden. Der im inneriranischen Politik-Diskurs häufig angesprochene Terminus der „strategischen Geduld“ gegenüber Europa, insbesondere in Bezug auf die Operationalisierung von INSTEX, zeigt die unterschiedlichen Machtzentralen in der Islamischen Republik, auf die im folgenden Abschnitt eingegangen wird.

4. Innenpolitische Konsequenzen des JCPOA

4.1 Aktuelle innenpolitische Lage

Die Perspektive eines möglichen Wirtschaftsaufschwungs durch die Aufhebung der Sanktionen führte dazu, dass Präsident Rohani und Außenminister Zarif in der iranischen Bevölkerung erheblich an Beliebtheit gewannen, während sich gleichzeitig der seit langem schwelende inneriranische Machtkampf zwischen Reformern und Pragmatikern auf der einen und konservativen Hardlinern auf der anderen Seite zuzuspitzen begann.²² Bei den Parlaments- und Expertenratswahlen am 26. Februar 2016 konnten jedenfalls die in einer gemeinsamen Liste „Hoffnung“ zusammengeschlossenen Reformen und Moderaten erhebliche Gewinne verbuchen.

Nach dem JCPOA gewannen die Pragmatiker und Reformer im Iran an Boden.

Die Betrachtung der innenpolitischen Lage des Iran nach der Unterzeichnung des JCPOA muss in zwei Abschnitte unterteilt werden: Erstens die Zeit bis zur Präsidentschaftswahl im Mai 2017, also die erste Amtszeit des iranischen Präsidenten Rohani und zweitens die Zeit nach der Präsidentschaftswahl von Mai 2017 bis Juni 2019, zwei Jahre der zweiten Amtszeit Rohanis.

Die erste Amtszeit von Präsident Rohani bis zu seiner Wiederwahl ist von einer großen Hoffnung in der iranischen Bevölkerung geprägt. Viele moderate Kräfte haben mit der Wahl Rohanis zum Präsidenten im Jahre 2013 die Chance zu einem Erstarben der demokratischen Kräfte und der graduellen Stärkung der liberalen Freiheiten gesehen. Die Regierung hat durch seinen starken Öffnungskurs gegenüber dem Westen auch die Hoffnung auf einen politischen Neuanfang Irans auf der internationalen Weltbühne gesehen. Jedoch konnte die Regierung in der ersten Amtszeit (2013 – 2017) den hohen Erwartungen einer Liberalisierung im Innern nicht gerecht werden.²³ Die Meinungs-, Presse- und Kunstfreiheit haben sich im Vergleich zu der Vorgängerregierung deutlich verbessert, sind aber sicherlich noch ausbaufähig.

Bereits nach der Unterzeichnung des JCPOA-Abkommens sind viele kritische Stimmen im Iran laut geworden, die sich mehr von der Aufhebung der Sanktionen erhofft haben und die durch den JCPOA dem Iran auferlegten Einschränkungen als unverhältnismäßig zum wirtschaftlichen Vorteil des Iran sahen. Diese Kräfte im inneriranischen Machtapparat sind besonders in konservativen Kreisen vorzufinden, die jetzt die Frage hervorrufen, welche politischen Kräfte aktuell im Innern eine Rolle spielen und wie sie die iranische Außenpolitik maßgeblich beeinflussen.

Die iranische Außenpolitik konnte die Früchte der Implementierung des Atomabkommens vom 16. Januar 2016 durch die Wahl des US-Präsidenten Trump im November 2016 und seiner Ankündigung des Rückzugs aus dem

JCPOA nicht ernten. Das macht sich neben der Wirtschaft auch bei den Zustimmungsraten in der jungen Bevölkerung bemerkbar. Während bei der Wahl am 19. Mai 2017 noch 57 % der Wähler Hassan Rohani ihre Stimme gaben und sogar iranische Wahllokale in den USA stark besucht waren, hat sich aufgrund der bereits beschriebenen Wirtschaftsmisere die Zustimmungsraten für die Regierung und insgesamt das politische System der Islamischen Republik deutlich verschlechtert. Im Wahlkampf 2017 kündigte Rohani noch an, seine Öffnung des Iran nach innen und außen fortzusetzen und die Wirtschaftslage zu verbessern.

Die bisherige zweite Amtszeit des Präsidenten Rohani war geprägt von den Auswirkungen des Austritts der USA aus dem JCPOA. Der zunehmende Konflikt zwischen Hardlinern und moderaten Kräften um Präsident Rohani bezüglich der Orientierung Irans zum JCPOA haben das innenpolitische Klima bestimmt. Auch die Proteste vom Dezember 2017 bis Januar 2018 können in diesem Licht betrachtet werden. Denn nach heutigem Wissen haben die Proteste gegen die Wirtschaftspolitik der Regierung in der östlichen Stadt Maschhad begonnen und sich erst dann ausgebreitet und gegen das gesamte islamische System gerichtet. Dass die Regierung von Rohani die Kontrolle über den Devisenmarkt bis heute nicht erreicht hat, zeigt auch, dass die anderen Machtzentren des Iran eventuell eine Schwächung der Regierung durch die Wirtschaft erreichen möchten. Dass diese Kräfte auch selbst politische Ambitionen haben, kann im Rahmen der anstehenden Wahlen verdeutlicht werden.

4.2 Parlamentswahlen 2020

Der iranische Wahlkampf 2020 wird im Zeichen der Wirtschaftskrise stehen.

Im Februar 2020 finden im Iran die nächsten Parlamentswahlen statt und damit wird die Wahlkampfzeit im Zeichen der Wirtschaftsmisere stehen. Dass der wirtschaftliche Aufschwung ausgeblieben ist, muss, neben den Sanktionen der USA, ebenso auf interne Probleme wie Korruption und Misswirtschaft zurückgeführt werden. Ob INSTEX, welches nicht mehr als die nicht sanktionsfähigen Güter sichert, ausreichende Rückendeckung für die iranische Wirtschaft leisten wird, kann erst in Zukunft beurteilt werden. Fakt ist, dass die Atomvereinbarung schon jetzt an Rückendeckung in der Bevölkerung verloren hat. Die Politik des maximalen Drucks hat im Innern vor allem die politische Position der Gegner der Atomvereinbarung und insbesondere die Hardliner im Land beflügelt.²⁴ Die Parlamentswahl kann als Test für die 2021 stattfindende Präsidentschaftswahl gewertet werden. Die Frage wird sein, ob das Reformlager um den Ex-Präsidenten Mohammad Khatami, die bei der letzten Präsidentschaftswahl Rohani unterstützt haben, eigene Kandidaten aufstellen können. Im Iran müssen alle Kandidaten für die Parlamentswahl vom Wächterrat bestätigt werden, anderenfalls dürfen

sie sich nicht aufstellen. Falls das Reformlager eigene Kandidaten aufstellen kann, wird es einen erbitterten Wahlkampf mit den Hardlinern geben und dabei wird das JCPOA eine entscheidende Rolle spielen. Wichtig hierbei wird aber die Bevölkerung sein, die nicht nur von der Politik der derzeitigen Regierung enttäuscht ist, sondern den Glauben an die Reform des Systems verloren hat. Diesen Vertrauensverlust zurückzugewinnen wird die Aufgabe der Kandidaten sein und wird sich in der Wahlbeteiligung widerspiegeln. Insgesamt wird es um langfristige Weichenstellungen im politischen Machtkampf gehen.

4.3 Perspektiven für die nächsten iranischen Präsidentschaftswahlen 2021

Die Frage, wer der nächste iranische Präsident wird und wie hoch die Wahlbeteiligung im Iran sein wird, ist immer schwierig vorauszusagen. Es zeigt sich aber immer wieder, dass die iranische Bevölkerung sich sehr kurzfristig für einen Kandidaten entscheidet und häufig, um das „größere Übel“ zu vermeiden, den „weniger Schlechten“ Kandidaten wählt. Aktuell wird unter Insidern der aktuelle Parlamentspräsident Ali Larijani als haushoher Favorit des politischen Establishments für die nächste Präsidentschaftswahl angesehen. Ali Larijani gilt als Konservativer und gemeinsam mit seinen Brüdern hat die Larijani-Familie in den letzten Jahren große politische Macht im Innern des Systems aufgebaut. Sein Bruder Sadegh Larijani war für zehn Jahre der Vorsitzende der Judikative, bevor er im Januar 2019 vom Obersten Geistlichen Führer Ayatollah Ali Khamenei zum Vorsitzenden des Schlichtungsrates ernannt wurde. Der Schlichtungsrat ist ein Organ, das bei Streitigkeiten zwischen dem Parlament und dem Wächterrat entscheidet, dem die gesamte politische Elite des Iran angehört und dessen Mitglieder von Ayatollah Khamenei direkt ernannt werden. Der politische Einfluss dieses Organs ist demnach enorm.

Der nächste iranische Präsident, sei es Ali Larijani oder ein Präsident des Reformlagers, wird außenpolitisch vor den selben Herausforderungen wie Hassan Rohani stehen. Wichtig wird auch sein, ob Donald Trump wiedergewählt wird oder ein neuer amerikanischer Präsident im Amt sein wird. Im Iran geht man fest von einer zweiten Amtszeit von Trump aus und deshalb werden sich die Spannungen höchstwahrscheinlich nicht reduzieren. Blicke die wirtschaftliche Lage so desaströs, wie es aktuell der Fall ist, oder verschlechtere sie sich noch weiter, dann bleibt es abzuwarten, wie der neue Präsident und der Geistliche Führer entscheiden werden. Nach der Einschätzung der Autoren wird der Iran zum Erhalt des Islamischen Systems, wie bei den Atomverhandlungen bereits geschehen, durch eine „heroische Flexibilität“ eine Einigung mit den USA erzielen.

Wer wird der nächste iranische Präsident?

5. Außenpolitische und internationale Konsequenzen des JCPOA

5.1 Außenpolitische Chancen für Teheran

Der Iran als „Partner“ des Westens? Voraussetzung ist ein außenpolitischer Kurswechsel Teherans.

Neben der Beeinflussung des inneriranischen Tauziehens zwischen Reformern, Pragmatikern und Hardlinern hatte der Abschluss des Atomabkommens und die damit verbundene Aufhebung der Sanktionen gegen Teheran auch signifikante außenpolitische bzw. internationale Konsequenzen, zumal dem Iran eine Chance eröffnet wurde, sich im Kreise der internationalen Gemeinschaft als neuer „Partner“ bei der Lösung mittelöstlicher Krisen und Konflikte zu empfehlen. Im Umkehrzug bot die Beendigung der Paria-Rolle Teherans auch der westlichen Staatengemeinschaft eine Möglichkeit, den Iran, der zu den wichtigsten Bündnispartnern des Assad-Regimes in Syrien zählt, in die Gestaltung der Zukunft des gegenwärtig im Bürgerkrieg versinkenden Landes einzubinden. Diese Offerte an Teheran, die in der Einladung des iranischen Außenministers Zarif zu der internationalen Wiener Syrien-Konferenz Ende Oktober 2015 Ausdruck fand, unterstrich die Hoffnung der Obama-Administration, angesichts gemeinsamer Interessen, etwa gegenüber der sunnitischen Terrormiliz des selbsternannten Islamischen Staates (IS) oder gegenüber den Taliban in Afghanistan, mit dem Iran eine gewisse Form sicherheitspolitischer Kooperation entwickeln zu können, die im Falle ihrer Bewährung wiederum zu einer weiteren Verbesserung der Beziehungen führen könnte.²⁵

Die Voraussetzung für eine derartige Etablierung „partnerschaftlicher“ Beziehungen zu den USA und zur EU, für welche der Iran angesichts der maßgeblich auch durch den syrischen Bürgerkrieg ausgelösten europäischen Flüchtlingskrise an politischer Bedeutung gewann, war allerdings eine konstruktive und verantwortliche Rolle Teherans in der internationalen Politik. Allen Beteiligten war von Anfang an klar, dass der Iran die Möglichkeit außenpolitischen Prestigegewinns selbst konterkarieren würde, sollten die zusätzlichen Einnahmen, über die er nach der Aufhebung der Sanktionen durch die Forcierung der Öl- und Gasexporte verfügte, zur weiteren Instrumentalisierung der Auseinandersetzungen mit seinen Gegnern in den Konflikten in Syrien, im Irak, im Libanon und im Jemen verwenden. Ähnliche Konsequenzen, auch das musste Teheran bewusst sein, würde eine insbesondere von Israel befürchtete Verstärkung der iranischen Unterstützung militärischer Gruppierungen wie der Hisbollah im Libanon und der palästinensischen Hamas haben. Der israelische Premier Benjamin Netanjahu zählte deshalb verständlicherweise zu den schärfsten Kritikern des Atomabkommens. Teheran hatte die Wahl, ob es die Chance einer nachhaltigen und langfristigen Etablierung im Kreise der internationalen Gemeinschaft ernst nehmen und einen entsprechend konsequenten Kurs steuern, oder

durch ein Festhalten an revolutionären Prinzipien der Feindschaft gegenüber den USA und Israel erneut riskieren würde, auf internationaler Bühne ins Abseits zu geraten.²⁶

5.2 Die Neubewertung des Atomabkommens durch Donald Trump

Nachdem er bereits im Präsidentschaftswahlkampf das Atomabkommen mit dem Iran als „das schlechteste jemals geschlossene Abkommen“ geißelt und eine härtere Gangart Washingtons gegenüber Teheran gefordert hatte, schien Donald Trump nach seinem Einzug ins Weiße Haus im Januar 2017 zunächst eine grundlegende Kurskorrektur gegenüber dem Iran zu meiden. Vermutlich wollte er auch die iranischen Präsidentschaftswahlen im Mai 2017 abwarten, in denen sich der amtierende, dem Lager der moderaten Pragmatiker zugerechnete Präsident Hassan Rohani schließlich überraschend deutlich gegen seinen schärfsten Rivalen, den konservativen Hardliner Ebrahim Raisi durchsetzen konnte. Im weiteren Verlauf des Jahres 2017 verschärfte Präsident Trump jedoch erneut den Ton gegenüber Teheran und, nachdem an der Spitze des State Department der besonnene Rex Tillerson im Frühjahr 2018 dem in Iran-Fragen wesentlich kompromissloseren Mike Pompeo weichen musste, kündigte Trump Anfang Mai 2018 das Atomabkommen endgültig auf. Gleichzeitig drohte er mit der Wiedereinsetzung der Sanktionen, die nach der Erfüllung der Auflagen des Abkommens durch den Iran suspendiert worden waren. Im weiteren Verlauf des Jahres 2018 sowie auch 2019 revidierte Trump dann tatsächlich die Aussetzung suspendierter Sanktionen und erließ weitere Strafmaßnahmen gegen Teheran, die neben petrochemischen Erzeugnissen auch andere Sparten iranischer Wirtschaft und iranischen Handels empfindlich trafen.

Donald Trump: JCPOA ist „worst deal ever“.

Abgesehen davon, dass Trump seit seinem Amtsantritt offensichtlich systematisch versucht, jede innen- wie außenpolitische Entscheidung seines Amtsvorgängers zu korrigieren und schon vor diesem Hintergrund das Atomabkommen von Beginn an scharf geißelte, hat er auch verschiedene sachliche und durchaus stichhaltige Argumente dagegen vorgebracht: Im Einzelnen kritisierte er die kurze Laufzeit des Atomabkommens, die Mängel der Überprüfbarkeit nuklearer Aktivitäten im Iran, die Ausklammerung des iranischen Raketenprogrammes in den Atomverhandlungen, die erweiterten Möglichkeiten Teherans, seine schiitischen Verbündeten im Jemen, Syrien, Irak, Libanon etc. mit finanziellen Mitteln sowie Waffen zu unterstützen, sowie insgesamt Verstöße gegen den „Geist des Abkommens“.

Dazu ist zu sagen, dass die 15-jährige Laufzeit des Abkommens (einige Regelungen sind sogar auf 10 Jahre begrenzt) für den Iran mit seiner mehrtausendjährigen Geschichte und Kultur tatsächlich – historisch gesehen –

einen Wimpernschlag bedeutet. Nach Ablauf des Abkommens stehen dem Iran als Signatarstaat des Kernwaffensperrvertrages alle einschlägigen Rechte (Uran-Anreicherung und zivile Nutzung der Kernenergie) wieder zu. Da sein Nuklearprogramm vor Abschluss des Abkommens bereits ein hohes Niveau erreicht hatte, würde der Iran nach Ablauf des Abkommens vermutlich nur wenige Monate benötigen, um nach der Wiederaufnahme des Anreicherungsprogramms die militärische Schwelle zu erreichen.

Auch die von Trump monierten Mängel der Überprüfbarkeit der nuklearen Aktivitäten im Iran sind unübersehbar: Die IAEA, die die Inspektionen im Iran durchführt, attestiert Teheran zwar weitgehende Beachtung der einschlägigen Auflagen des JCPOA. Eine lückenlose Überwachung der nukleartechnischen Aktivitäten ist allerdings schon deshalb fraglich, weil die iranische Verhandlungsdelegation sich erfolgreich gegen eine Ausweitung der Inspektionen über die von Teheran an die IAEA gemeldeten 14 Atomanlagen hinaus gewehrt hatte. Im langjährigen Streit um den südöstlich von Teheran gelegenen Militärkomplex Parchin, in dem Mutmaßungen der IAEA zufolge Versuche mit Sprengzündern für Atombomben durchgeführt wurden, setzte sich der Iran mit seiner Forderung durch, dass Kontrollen nur in „Atomanlagen“, nicht aber in „Militäranlagen“ stattfinden dürften.

Das iranische Raketenprogramm bedeutet eine Bedrohung der Sicherheit der gesamten Region bis nach Europa.

Die Ausklammerung des iranischen Raketenprogramms aus den Verhandlungen der „P5+1“ mit Teheran bedeutet eine weitere Relativierung des von den westlichen Signatarmächten reklamierten „Erfolges“, zumal Teherans Raketenrüstung die Sicherheit der gesamten Region bedroht. Der Iran baut sein Raketenarsenal zielstrebig weiter aus und besitzt mittlerweile mehrere Tausend ballistische Raketen mit Reichweiten von mehr als 2.000 Kilometern sowie Marschflugkörper, mit denen er „Israel, Saudi-Arabien oder Südosteuropa erreichen kann“.²⁷

An diesem Streitpunkt zeigt sich die unterschiedliche Sichtweise zwischen Teheran und seinen internationalen Gegnern sehr deutlich: Während Washington, Tel Aviv und Riad im iranischen Raketenprogramm eine Bedrohung sehen, fürchtet Teheran ohne weitere militärische Rüstung in eine bewaffnete Auseinandersetzung hineingezogen zu werden und betrachtet sein Raketenprogramm als Instrument der „Abschreckung“.

Hochproblematisch ist, und auch in diesem Kritikpunkt ist Trump zuzustimmen, dass der Iran systematisch seine schiitischen Verbündeten im Libanon, Jemen, Syrien, Irak, Afghanistan etc. mit finanziellen Mitteln und zum Teil auch mit Waffenlieferungen unterstützt. Die iranische Führung, so ist zu befürchten und das wurde auch von iranischen Oppositionellen im Zuge der inneriranischen Proteste zu Beginn des Jahres 2018 artikuliert, verwendet die zusätzlichen Deviseneinnahmen, über die der Iran seit der Aufhebung

der internationalen Sanktionen (als Folge des Atomabkommens) durch die Wiederaufnahme und Forcierung der Erdöl- und Erdgas-Exporte verfügt, um die verbündeten schiitischen Gruppen und auch die sunnitische Hamas (wie der Iran ein militanter Gegner Israels) noch weiter zu unterstützen.

Und schließlich ist auch Trumps Vorwurf, der Iran verstoße gegen den „Geist“ des Atomabkommens durchaus nachvollziehbar, zumal mit diesem Abkommen – wie bereits erwähnt – dem Iran eine Chance geboten worden war, seine Paria-Rolle abzulegen und sich im Kreise der internationalen Gemeinschaft als neuer „Partner“ bei der De-Eskalation mittelöstlicher Krisen und Konflikte zu empfehlen. Diese Offerte hat Teheran nicht nur nicht ergriffen, sondern es hat insbesondere durch sein aggressives Raketen-Rüstungsprogramm, seinen Konfrontationskurs u. a. gegenüber Israel und Saudi-Arabien und sein Schüren mittelöstlicher Spannungen die internationalen Befürworter des Atomabkommens geschwächt und die Position der Gegner Irans gestärkt.

So berechtigt Präsident Trumps Kritik an Defiziten des Atomdeals mit dem Iran und an Teherans aggressiver Außenpolitik auch ist, so stellt sich doch die Frage, ob die von ihm gezogenen Konsequenzen – die Kündigung des Atomabkommens sowie das sukzessive Weiterdrehen der Sanktionsschraube und der Aufbau einer militärischen Drohkulisse – die erwünschte Wirkung, nämlich Teheran zur Rückkehr an den Verhandlungstisch sowie zu entsprechenden außenpolitischen Kurskorrekturen zu bewegen, erzielen werden. Gespräche mit Washington hat der Oberste Geistliche Führer Ayatollah Khamenei mehrfach ausgeschlossen, von einem außenpolitischen „Einlenken“ Teherans kann keine Rede sein und mit seiner Drohung, die Urananreicherung über das im Atomdeal erlaubte Maß wiederaufzunehmen, hat selbst der dem Lager der moderaten Pragmatiker zugerechnete Präsident Rohani die Eskalationsschraube weitergedreht und damit auch die europäischen Signatarstaaten des Atomabkommens brüskiert.

Auch ist es mehr als fraglich, ob der insbesondere vom Nationalen Sicherheitsberater John Bolton angestrebte „Regimewechsel“ in Teheran Kräfte an die Schalthebel der Macht brächte, die einen weniger aggressiven außenpolitischen Kurs steuern würden. Sollte die sich zuspitzende Wirtschaftskrise im weiteren Verlauf zu einem Sturz der politischen Führungselite führen, ist eher mit einer weiteren Stärkung der Revolutionären Garden und damit einer weiteren Radikalisierung iranischer Außenpolitik zu rechnen.

Teheran verweigert sich durch seine aggressive Außenpolitik der Offerte zur „Partnerschaft“ mit dem Westen.

6. Kann eine De-Eskalation der Iran-Krise (noch) gelingen?

6.1 Vermittlungsinitiativen internationaler Akteure

Es gibt deutliche Parallelen zwischen der aktuellen Golfkrise und der Eskalation im Vorfeld des Irak-Krieges 2002/2003.

Die aktuelle Krise zwischen Washington und Teheran erinnert deutlich an die schließlich in einen verhängnisvollen Krieg mündende Eskalationsspirale zwischen den USA und dem Irak im Jahre 2002/2003. Um zu vermeiden, dass die gegenwärtige Konfrontation zwischen den USA und dem Iran ebenfalls in einen Waffengang mit unkalkulierbaren Konsequenzen mündet, haben in den vergangenen Monaten verschiedene internationale Akteure Vermittlungsinitiativen gestartet. So reiste am 10. Juni 2019 Bundesaußenminister Heiko Maas nach Teheran und führte Gespräche mit seinem iranischen Amtskollegen Mohammad Javad Zarif und Präsident Hassan Rohani. Der deutsche Außenminister besuchte vor seiner Vermittlungsreise in den Iran die Staaten Jordanien, Irak und die Vereinigten Arabischen Emirate. Sein Ziel war es, in der „heißesten Zone der Welt“²⁸ zu deeskalieren: Es gilt, die Sicherheit in der Region und in der Welt zu verteidigen. Maas erfuhr, dass sich der Irak aufgrund der engen Verbundenheit mit dem Iran und den USA große Sorgen macht, zwischen die Fronten zu geraten. Scheich Abdullah bin Zayed Al Nahyan, Außenminister der Vereinigten Arabischen Emirate, sieht die Mahnungen des deutschen Außenministers, am JCPOA festzuhalten, als „wahrscheinlich“ richtig an. Er ist jedoch auch dem Ansatz von Präsident Trump gegenüber nicht abgeneigt, das JCPOA durch ein neues Abkommen zu ersetzen, welches auch etwas gegen den vom Iran „geförderten Terror und Extremismus“ unternehme.

Mit diesen Eindrücken aus der Region traf sich Maas mit Zarif. Die Gespräche im iranischen Außenministerium verliefen länger als erwartet. Zwei Stunden berieten sich die beiden Außenminister Zarif zufolge in „ernsthaften, deutlichen und auch ziemlich langen Gesprächen“. Die Iraner haben in den Gesprächen den „Wirtschaftskrieg der USA“ gegen ihr Land beklagt und betont, dass die Internationale Atomenergiebehörde mehr als 15 Mal bestätigt habe, dass sich Iran an das Atomabkommen halte. Der deutsche Außenminister, der als Vermittler in die Region gereist war und den moderaten Kräften um Präsident Rohani durch seinen Besuch helfen wollte, betonte, dass er „keine Wunder“ bewirken könne und durch das Instrument INSTEX ein Scheitern des Abkommens verhindern möchte. Deshalb wurde Maas von einem hochrangigen Team von Experten zur Operationalisierung von INSTEX begleitet, welches nochmals den europäischen Willen, das Atomabkommen aufrechtzuerhalten, unterstreichen sollte. Interessant dabei war, dass die finanziellen Mittel dieser Expertenrunden in Teheran durch EU TAIEX (Technical Assistance and Information Exchange Instrument of the European Commission) bereitgestellt wurden,²⁹ was die gemeinsamen

Anstrengungen der Europäer symbolisieren sollte. Jedoch wissen alle Beteiligten, dass dieses Instrument nur den Handel mit humanitären Gütern und Medikamenten regeln soll und dies den Verlust im Ölhandel nicht annähernd ausgleichen kann.

Teheran hat wiederholt betont, dass durch den wirtschaftlichen und politischen Druck der USA das Festhalten am Atomabkommen aus iranischer Sicht sehr fragwürdig ist und man am Ultimatum 7. Juli 2019 festhalten wird. Die Bundesregierung möchte eine „militärische Eskalation“ unbedingt verhindern, weshalb Maas in Teheran versprach, dass sich die Bundesrepublik in Europa noch mehr für den Iran einsetzen werde. Insgesamt, das wurde auch beim Termin des Bundesaußenministers mit Präsident Rohani deutlich, herrscht großes Misstrauen in dieser Region, welches nur durch einen Dialog wieder abgebaut werden kann.

In derselben Juni-Woche reiste zum ersten Mal seit der Islamischen Revolution von 1979 ein japanischer Premierminister in den Iran. Shinzo Abe traf zu einem mehrtägigen Besuch in Teheran ein und wurde von Präsident Rohani und dem Obersten Geistlichen Führer Ayatollah Ali Khamenei zu Gesprächen empfangen. Die Vermittlerrolle Japans ist deshalb so bedeutend, weil ausgerechnet Shinzo Abes Vater als Außenminister Japans in den 1980er-Jahren bereits einmal als Vermittler im Iran-Irak-Krieg nach Teheran gereist war. Der damals 28-jährige Shinzo Abe hatte zu jener Zeit seinen Vater begleitet, der sich unter anderem mit dem damaligen Staatspräsidenten und heutigem Staatsoberhaupt Ayatollah Ali Khamenei getroffen hatte. Abes Ziel im Juni 2019 war es, die beiden ehemaligen und nun verfeindeten Vertragsparteien des JCPOA wieder an einen Tisch zu bringen. Deshalb hatte er eine klare Botschaft von US-Präsident Trump im Gepäck, welche er demonstrativ im Gespräch mit Khamenei vortrug. Der allerdings ließ Abe wissen, dass Trump einer Antwort bzw. Botschaft unwürdig sei, und fügte hinzu, dass er nur Abe selbst antworten werde.

Internationale Vermittlungsversuche scheiterten bisher.

Der Oberste Geistliche Führer des Iran sieht in dem Gesprächsangebot Trumps aufgrund seiner mehrfachen Drohungen in Richtung Iran und der einseitigen Aufkündigung des Atomabkommens keine gemeinsame Grundlage für erneute Verhandlungen. Es sei mit gesundem Menschenverstand unvereinbar, mit jemandem zu verhandeln, der ein jahrelang verhandeltes und unterschriebenes Vertragsdokument plötzlich zerreißt. Ayatollah Khameneis Aussagen implizieren jedoch, dass Iran unter Umständen mit einem anderen US-Präsidenten als Trump durchaus erneut sprechen würde und Vertrauen aufgebaut werden könnte.

Dass die Vermittlungsbemühungen Abes, genauso wie die des deutschen Außenministers, fehlschlagen, und der Angriff auf den japanischen Öltanker

Front Altair just im Moment des Treffens zwischen Abe und Khamenei stattfand, ließ den anhaltenden Konflikt weiter eskalieren.

Europa bemüht sich zeitgleich weiter um eine De-Eskalation, was die Generalsekretärin des Auswärtigen Europäischen Dienstes, Helga Schmid, bei ihrem Besuch in Teheran Mitte Juni 2019 nach den Besuchen des deutschen Außenministers und des japanischen Premierministers mehrmals betonte. Jedoch ist, wie bereits in den vorherigen Kapiteln erläutert, INSTEX aktuell das einzige Instrument, das die Europäer dem Iran als „incentive“ vorweisen können. Deshalb waren Drohungen des Iran wie am 17. Juni 2019, binnen 10 Tagen die im Atomabkommen erlaubte Menge von 300 Kilogramm an angereichertem Uran zu überschreiten und eventuell künftig wieder Uran auf bis zu 20 % anzureichern, ein letzter Versuch, die Europäer dazu zu bewegen, sowohl die Operationalisierung des INSTEX abzuschließen als auch weitere mögliche wirtschaftliche Anreize an Iran zu liefern. Nur dadurch könne das Abkommen gerettet werden, so der Vizeaußenminister des Iran, Abbas Araghchi, im Gespräch mit Helga Schmid.

Bis zum Redaktionsschluss dieser Aktuellen Analyse waren die Vermittlungsbemühungen der internationalen Staatengemeinschaft, den US-iranischen Konflikt zu entschärfen, erfolglos und es bleibt abzuwarten, wie der Iran auf sein an die Europäische Union gerichtetes Ultimatum zum Rückzug aus dem JCPOA nach dem 7. Juli 2019 reagieren wird. Sicher ist, dass die Lage bereits so verfahren ist, dass nur durch Besonnenheit und Diplomatie eine sinnlose neue bewaffnete Auseinandersetzung im „Pulverfass“ Nahost vermieden werden kann. Deshalb sind weitere Vermittlungsanstrengungen bzw. -strategien die einzig mögliche Option.

6.2 Kissingers „Linkage“-Politik als Modell erfolgreichen Krisenmanagements?

Durch die gegenseitigen Vorwürfe Washingtons und Teherans ist eine diplomatische Beilegung der Krise in die Ferne gerückt.

So wertvoll die Bemühungen einzelner internationaler Akteure zur Vermeidung einer weiteren Eskalation zwischen den USA und dem Iran auch sind, so muss nüchtern festgestellt werden, dass sie bislang nicht erfolgreich waren. Es muss ferner konstatiert werden, dass bereits seit einigen Monaten, spätestens aber seit Mai 2019, die Spannungen des bilateralen Verhältnisses zwischen Washington und Teheran auch durch gegenseitige Vorwürfe und Drohungen eine Stufe erreicht haben, die die Möglichkeit einer nicht-militärischen Beendigung der Krise erheblich erschwert haben. Die Autoren dieser Studie gehen davon aus, dass, sollte die mittlerweile geringe Chance einer diplomatischen Lösung überhaupt Aussicht auf Erfolg haben, zwei Voraussetzungen nötig sind: zum einen internationale Vermittlung in Form einer konzertierten gemeinsamen Initiative verschiedener Akteure, zum

anderen – und das ist die eigentliche Herausforderung und noch wesentlich schwieriger herzustellende Grundlage – ein fundamentaler beidseitiger Paradigmenwandel der Streitparteien.

Die gegenwärtige Grundeinstellung Washingtons und Teherans, das perzipierte „Fehlverhalten“ der anderen Seite mit Drohungen und „Bestrafung“ zu quittieren, müssten beide Seiten im Sinne der von Henry Kissinger in den 1960er-Jahren konzipierten „Linkage“-Politik durch den Ansatz ersetzen, das angestrebte „Wohlverhalten“ der jeweils anderen Seite mit Angeboten einer „Belohnung“ zu verknüpfen.

Elementare Voraussetzung für die Möglichkeit einer Linkage-Politik ist, dass es zwischen den beteiligten Akteuren zumindest ein rudimentäres Element gemeinsamen Interesses gibt, ohne das – wie sowohl der Blick durch das Prisma einschlägiger Theorien der Internationalen Politik als auch in die Geschichte der Diplomatie zeigt – Kooperation nicht stattfinden kann. In diesem Zusammenhang ist bemerkenswert, dass ungeachtet aller Rivalitäten, Drohgebärden und Hasstiraden, die die gegenwärtigen Beziehungen zwischen Washington und Teheran kennzeichnen, weder Präsident Trump noch die Machthaber in Teheran ein Interesse an einem Krieg haben. Trump steht bei seinen Wählern im Wort, denen er versprochen hatte, unter seiner Führung werde es kriegerische Verwicklungen der USA wie seinerzeit in Afghanistan, im Irak oder in Syrien nicht mehr geben. Außerdem hat er mit dem Machtkampf in Venezuela, dem nordkoreanischen Atomkonflikt und vor allem mit dem ebenfalls eskalierenden Handelskonflikt mit China eine Reihe anderer außenpolitischer Baustellen, so dass eine militärische Konfrontation mit dem Iran nicht im Interesse des US-Präsidenten sein kann. Dasselbe gilt für die amtierende Staatselite in Teheran, die in einem bewaffneten Konflikt mit den USA nur verlieren kann. Selbst der Oberste Geistliche Führer Ali Khamenei betonte mehrfach, es werde keinen Krieg mit den USA geben, weil ein Waffengang weder im Sinne Teherans noch Washingtons sei.

Das beidseitige Interesse, keinen Krieg gegeneinander führen zu wollen, bedeutet allerdings keineswegs, dass dieser „kleinste gemeinsame Nenner“ zu einer Wiederaufnahme des Gesprächsfadens zwischen Washington und Teheran geschweige denn zu einer Annäherung in den diversen Streitpunkten führen kann.

An erster Stelle gilt es, das „Prestige-Problem“ zwischen beiden Seiten zu lösen, das durch gegenseitige Drohungen entstanden ist. Analog zum spieltheoretischen Modell des „chicken game“ gilt im Zuge einer derartigen beiderseitigen Drohkulisse derjenige als „Feigling“ („Chicken“) und somit als Verlierer, der einlenkt und auf den anderen zugeht. Da beide Präsidenten

Kleinster gemeinsamer Nenner: Washington und Teheran haben kein Interesse an einem Krieg.

(Trump und Rohani) einander in den vergangenen Wochen aufgefordert hatten, zum Telefonhörer zu greifen, um wieder ins Gespräch zu kommen, würde derjenige, der nun tatsächlich zuerst bei seinem Gegenüber anruft, als „Einknicker“ gelten. Damit ein Dialog zwischen beiden Präsidenten ohne Gesichtsverlust für beide Seiten dennoch in Gang kommt, müsste eine dritte Seite zuerst sowohl im Weißen Haus als auch in Teheran „anrufen“.

Das könnte die Stunde der Europäischen Union und ihrer Spitzen sein, die sich als „ehrliche Makler“ empfehlen und beide Präsidenten zur Wiederaufnahme von Gesprächen – und zwar auf Augenhöhe und ohne Vorbehalte – einladen könnten. Nötig wäre es aber, neben europäischen Größen auch andere bedeutsame internationale Akteure in diese konzertierte Aktion einzubinden. Grundsätzlich kommen all diejenigen Spitzenpolitiker und -diplomaten in Frage, die sowohl einen Krieg zwischen den USA und dem Iran verhindern als auch vermeiden wollen, dass der Iran die Atomschwelle überschreitet. Dem Argument, dass darunter auch Kräfte sind, die nicht immer mit den Europäern an einem Strang ziehen, lässt sich entgegenhalten, dass auch in der „P5+1“-Gruppe nicht alle Beteiligten einer Meinung, aber wegen des gemeinsamen Interesses in der Sache durchaus bereit waren, Konflikte (etwa wie zwischen den USA und Russland nach Ausbruch der Ukraine-Krise) auszuklammern und sich auf das gemeinsame Ziel zu konzentrieren.

Ein bilaterales Gipfeltreffen in einem neutralen Land könnte sowohl für Trump als auch für Rohani interessante Perspektiven eröffnen.

Ein über eine konzertierte internationale Vermittlungsinitiative zustande kommendes Gipfel-Treffen – etwa in Stockholm im neutralen Schweden – würde dem Trump'schen Ansatz zu bilateralen Spitzenbegegnungen entsprechen und möglicherweise auch für Rohani reizvoll sein, zumal er unter der gegenwärtigen Doppelbelastung durch US-amerikanische Kriegsdrohungen und dem wachsenden inneren Druck von konservativen Hardlinern innenpolitisch nichts zu verlieren hat und außenpolitisch nur gewinnen kann. Es darf aber nicht übersehen werden, dass der iranische Staatspräsident im Gegensatz zu seinem Pendant im Weißen Haus nur eingeschränkte politische Entscheidungsvollmachten besitzt. Die Entscheidungsgewalt in allen Belangen liegt beim Obersten Geistlichen Führer.

Sollte es tatsächlich gelingen, Trump und Rohani zu einem Gipfeltreffen zu bewegen, könnte das zentrale Element der avisierten De-Eskalationsstrategie – der Linkage-Ansatz, wie ihn Henry Kissinger konzipiert hat – zum Tragen kommen. Voraussetzung wäre, dass beide Antagonisten über ihre prinzipielle Gesprächsbereitschaft hinaus auch willens sind, die gegenwärtige Krise in den bilateralen Beziehungen ungeachtet vieler Streitpunkte zu entschärfen. Dies wiederum setzt voraus, dass Trump und Rohani die Verschärfung der Spannungen zwischen ihren beiden Ländern als kontraproduktiv, d. h. ihren jeweiligen nationalen Interessen widersprechend, ansehen.

Davon kann bei Rohani, der das Atomabkommen federführend mitgetragen hatte und als Präsident die Lorbeeren in Form der anschließenden Aufhebung der Sanktionen gegen den Iran ernten wollte, grundsätzlich ausgegangen werden. Auch Trump, darauf deuten seine Äußerungen, in denen er mit unverkennbaren Spitzen gegen Bolton und Pompeo seine oberste Autorität als Commander in Chief unterstrich, scheint zu gewissen Konzessionen gegenüber Teheran prinzipiell bereit zu sein, zumal er schließlich auch in Washington mit stolzer Brust behaupten kann, sein persönlicher „maximum-pressure“-Kurs habe letzten Endes zur Wiederaufnahme der Gespräche geführt.

Im Sinne des oben bereits angedeuteten Junktin-Ansatzes könnte auf der Basis dieser rudimentären Gemeinsamkeiten geprüft werden, wie vertrauensbildende Maßnahmen initiiert und abgestufte gegenseitige Schritte für beiderseitige „Gewinne“ entwickelt werden. Es wäre allerdings zum gegenwärtigen Zeitpunkt verfrüht und fragwürdig, über weitere Maßnahmen eines möglichen Rapprochements zwischen Washington und Teheran zu spekulieren, das angesichts des gegenwärtigen beiderseitigen Säbelrasselns zugegebenermaßen weit entfernt scheint.

Eine Basis für gemeinsame Gespräche zwischen den Präsidenten Trump und Rohani ist aber zweifellos gegeben und deshalb sollten die Europäische Union und die europäischen Signatarstaaten des Atomabkommens (Frankreich, Großbritannien und Deutschland) versuchen, ihrer außenpolitischen Verantwortung gerecht zu werden, indem sie zusammen mit anderen internationalen Akteuren in Washington und Teheran im oben angesprochenen Sinne vorstellig werden. Die Aussichten auf Erfolg sind zwar sehr begrenzt, aber angesichts der gegenwärtigen Dramatik und der verhängnisvollen Perspektive des Ausbruchs militärischer Kampfhandlungen am Persischen Golf sollte jede auch noch so vage Chance ergriffen werden, um einen Krieg zu verhindern.

Die „Kultur des Misstrauens“ durchbrechen: Mit vertrauensbildenden Schritten könnten beiderseitige „Gewinne“ erzeugt werden.

Anmerkungen

- * Redaktionsschluss war am 19.6.2019. Bis zu diesem Zeitpunkt sind die aktuellen Entwicklungen berücksichtigt.
- 1 Dieser Abschnitt stützt sich auf Meier-Walser, Reinhard / Münch-Heubner, Peter L.: Teherans Atomstrategie und die internationale Sicherheit. Eine politikwissenschaftlich-orientalistische Konstellationsanalyse (= Berichte & Studien 97, hrsg. von der Hanns-Seidel-Stiftung), München 2013; Meier-Walser, Reinhard / Münch-Heubner, Peter L.: Der Atomkonflikt mit dem Iran. Drei Szenarien, in: MUT 560/2014, S. 64-81; Meier-Walser, Reinhard: Partner Iran?, in: MUT 575/2016, S. 27-34; Meier-Walser, Reinhard: Eine Atomvereinbarung mit dem Iran: Ein Erfolg für Barack Obamas Diplomatie?, in: Eine transformative Präsidentschaft: Die USA in der Ära Barack Obama, Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik, Sonderheft 9/2017, S. 181-192; Meier-Walser, Reinhard: Richtige Diagnose, angemessene Reaktion? US-Präsident Trumps Kursverschärfung gegenüber dem Iran und ihre Konsequenzen, in: Politische Studien 481/2018, S. 38-49.
 - 2 Rudolf, Peter: Die USA, Israel und die Legitimität eines Präventivangriffs gegen Iran. Strategische, völkerrechtliche und ethische Aspekte, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin 2012, S. 14 f.
 - 3 Meier-Walser, Reinhard (Hrsg.): Eine Welt ohne Atomwaffen? „Global Zero“ – Realisierungschancen einer Vision (= Berichte & Studien 92, hrsg. von der Hanns-Seidel-Stiftung), München 2010, S. 5-14.
 - 4 ElBaradei, Mohamed: The Age of Deception. Nuclear Diplomacy in Treacherous Times, New York 2011, S. 143.
 - 5 Statistisches Bundesamt, GTAI.
 - 6 NUMOV: Wirtschaftsratgeber Iran, Berlin 2016.
 - 7 Ebd.
 - 8 <https://www.transparency.org/country/IRN>, Stand: 15.6.2019.
 - 9 Sufraga, Igor: Exportkreditgarantien der Bundesrepublik Deutschland – Weltweit sicher handeln, <https://www.german-tech.org/Download/IV-Iran-2016/IV-Iran-2016-Euler%20Herme-Exportgarantien.pdf>, Stand: 13.6.2019.
 - 10 <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/laender/iran-node/-/202450>, Stand: 14.6.2019.
 - 11 <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/386316/umfrage/aussenhandel-zwischen-deutschland-und-iran/>, Stand: 14.6.2019.
 - 12 Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.
 - 13 Rang, Helene: Near and Middle East Economic Handbook, Berlin 2019.

- ¹⁴ Rang, Helene: Vortrag Iran, 6.5.2019.
- ¹⁵ Ebd.
- ¹⁶ <https://www.tagesschau.de/ausland/instex-iran-103.html>, Stand: 15.6.2019.
- ¹⁷ <https://de.reuters.com/article/eu-iran-handelsplattform-idDEKCN1SF0I9>, Stand: 12.6.2019.
- ¹⁸ Jalilvand, David: Finanzen: INSTEX, Es bleiben zahlreiche Hürden, in: IranContact: Das Außenwirtschaftsmagazin 1/2019, S. 28-29, hier S. 28.
- ¹⁹ <https://owc.de/2019/03/20/iran-richtet-instex-pendant-ein/>, Stand: 15.5.2019.
- ²⁰ Zamirirad, Azadeh: Atomkrise mit Iran: INSTEX taugt nicht zum Befreiungsschlag, <https://www.swp-berlin.org/kurz-gesagt/2019/atomkrise-mit-iran-instex-taugt-nicht-zum-befreiungsschlag/>, Stand: 3.6.2019.
- ²¹ <https://financialtribune.com/articles/national/98450/schmid-assures-jcpoa-benefits>, Stand: 17.6.2019.
- ²² Zamirirad, Azadeh: Iran nach der Atomvereinbarung, Berlin 2015, S. 2 f.
- ²³ <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/laender/iran-node/-/202450>, Stand: 14.6.2019.
- ²⁴ Zamirirad: Atomkrise mit Iran, Stand: 3.6.2019.
- ²⁵ Zamirirad, Azadeh: Vom Paria zum Partner? Irans neue Rolle nach der Atomvereinbarung, in: WeltTrends 106/107/2015, S. 66-69.
- ²⁶ Sadjadpour, Karim / Taleblu, Behnam Ben: Feste Feinde. Die Prinzipien der iranischen Außenpolitik bleiben unverändert, in: Internationale Politik 6/2015, S. 14-21.
- ²⁷ Steinberg, Guido: Umgang mit dem Iran, in: Internationale Politik 5/6/2018, S. 64-69, hier S. 65 f.
- ²⁸ Brössler, Daniel: Ein bisschen Frieden, in: Süddeutsche Zeitung, 11.6.2019. Die folgenden Zitate zur Iran-Reise des Bundesaußenministers entstammen ebenfalls diesem Artikel.
- ²⁹ Deutsche Botschaft Teheran, <https://teheran.diplo.de/ir-de/aktuelles/-/2226346>, Stand: 13.6.2019.

Autoren

Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser

ist Leiter der Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung und lehrt Internationale Politik an der Universität Regensburg. Er ist Co-Autor einer gemeinsam mit Dr. Peter L. Münch-Heubner verfassten politikwissenschaftlich-orientalistischen Konstellationsanalyse mit dem Titel „Teherans Atomstrategie und die internationale Sicherheit“.

Wahid H. Tabatabai

hat an der Universität Würzburg ein Doppelstudium in Chemie und in Philosophie, Politische Wissenschaften und Soziologie absolviert. Als selbstständiger Consultant berät er seit 2015 in politischen und wirtschaftlichen Angelegenheiten iranische und deutsche Politiker und Unternehmen. Seine Tätigkeiten konzentrieren sich auf deutsch-iranische Projekte in den Bereichen Politik, Wirtschaft und Kultur.

Aktuelle Analysen

Die „Aktuellen Analysen“ werden ab Nr. 9 parallel zur Druckfassung auch als PDF-Datei auf der Homepage der Hanns-Seidel-Stiftung angeboten: <https://www.hss.de/publikationen/>. Ausgaben, die noch nicht vergriffen sind, können dort kostenfrei bestellt werden.

- Nr. 1 Problemstrukturen schwarz-grüner Zusammenarbeit
- Nr. 2 Wertewandel in Bayern und Deutschland –
Klassische Ansätze – Aktuelle Diskussion – Perspektiven
- Nr. 3 Die Osterweiterung der NATO – Die Positionen der USA und Russlands
- Nr. 4 Umweltzertifikate – ein geeigneter Weg in der Umweltpolitik?
- Nr. 5 Das Verhältnis von SPD, PDS und Bündnis 90/Die Grünen nach den
Landtagswahlen vom 24. März 1996
- Nr. 6 Informationszeitalter – Informationsgesellschaft – Wissensgesellschaft
- Nr. 7 Ausländerpolitik in Deutschland
- Nr. 8 Kooperationsformen der Oppositionsparteien
- Nr. 9 Transnationale Organisierte Kriminalität (TOK) –
Aspekte ihrer Entwicklung und Voraussetzungen erfolgreicher Bekämpfung
- Nr. 10 Beschäftigung und Sozialstaat
- Nr. 11 Neue Formen des Terrorismus
- Nr. 12 Die DVU – Gefahr von Rechtsaußen
- Nr. 13 Die PDS vor den Europawahlen
- Nr. 14 Der Kosovo-Konflikt: Aspekte und Hintergründe
- Nr. 15 Die PDS im Wahljahr 1999: „Politik von links, von unten und von Osten“
- Nr. 16 Staatsbürgerschaftsrecht und Einbürgerung in Kanada und Australien
- Nr. 17 Die heutige Spionage Russlands
- Nr. 18 Krieg in Tschetschenien
- Nr. 19 Populisten auf dem Vormarsch?
Analyse der Wahlsieger in Österreich und der Schweiz
- Nr. 20 Neo-nazistische Propaganda aus dem Ausland nach Deutschland
- Nr. 21 Die Relevanz amerikanischer Macht:
anglo-amerikanische Vergangenheit und euro-atlantische Zukunft
- Nr. 22 Global Warming, nationale Sicherheit und internationale politische Ökonomie –
Überlegungen zu den Konsequenzen der weltweiten Klimaveränderung
für Deutschland und Europa

- Nr. 23 Die Tories und der „Dritte Weg“ – Oppositionsstrategien der britischen Konservativen gegen Tony Blair und New Labour
- Nr. 24 Die Rolle der nationalen Parlamente bei der Rechtssetzung der Europäischen Union – Zur Sicherung und zum Ausbau der Mitwirkungsrechte des Deutschen Bundestages
- Nr. 25 Jenseits der „Neuen Mitte“: Die Annäherung der PDS an die SPD seit der Bundestagswahl 1998
- Nr. 26 Die islamische Herausforderung – eine kritische Bestandsaufnahme von Konfliktpotenzialen
- Nr. 27 Nach der Berliner Wahl: Zustand und Perspektiven der PDS
- Nr. 28 Zwischen Konflikt und Koexistenz: Christentum und Islam im Libanon
- Nr. 29 Die Dynamik der Desintegration –
Zum Zustand der Ausländerintegration in deutschen Großstädten
- Nr. 30 Terrorismus – Bedrohungsszenarien und Abwehrstrategien
- Nr. 31 Mehr Sicherheit oder Einschränkung von Bürgerrechten –
Die Innenpolitik westlicher Regierungen nach dem 11. September 2001
- Nr. 32 Nationale Identität und Außenpolitik in Mittel- und Osteuropa
- Nr. 33 Die Beziehungen zwischen der Türkei und der EU –
eine „Privilegierte Partnerschaft“
- Nr. 34 Die Transformation der NATO. Zukunftsrelevanz, Entwicklungsperspektiven
und Reformstrategien
- Nr. 35 Die wissenschaftliche Untersuchung Internationaler Politik –
Struktureller Neorealismus, die „Münchener Schule“ und das Verfahren der
„Internationalen Konstellationsanalyse“
- Nr. 36 Zum Zustand des deutschen Parteiensystems – eine Bilanz des Jahres 2004
- Nr. 37 Reformzwänge bei den geheimen Nachrichtendiensten?
Überlegungen angesichts neuer Bedrohungen
- Nr. 38 „Eine andere Welt ist möglich“:
Identitäten und Strategien der globalisierungskritischen Bewegung
- Nr. 39 Krise und Ende des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes
- Nr. 40 Bedeutungswandel der Arbeit – Versuch einer historischen Rekonstruktion
- Nr. 41 Die Bundestagswahl 2005 –
Neue Machtkonstellation trotz Stabilität der politischen Lager
- Nr. 42 Europa Ziele geben – Eine Standortbestimmung in der Verfassungskrise
- Nr. 43 Der Umbau des Sozialstaates –
Das australische Modell als Vorbild für Europa?

- Nr. 44 Die Herausforderungen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2007 –
Perspektiven für den europäischen Verfassungsvertrag
- Nr. 45 Das politische Lateinamerika: Profil und Entwicklungstendenzen
- Nr. 46 Der europäische Verfassungsprozess –
Grundlagen, Werte und Perspektiven nach dem Scheitern des
Verfassungsvertrags und nach dem Vertrag von Lissabon
- Nr. 47 Geisteswissenschaften – Geist schafft Wissen
- Nr. 48 Die Linke in Bayern – Entstehung, Erscheinungsbild, Perspektiven
- Nr. 49 Deutschland im Spannungsfeld des internationalen Politikgeflechts
- Nr. 50 Politische Kommunikation in Bayern – Untersuchungsbericht
- Nr. 51 Private Sicherheits- und Militärfirmen als Instrumente staatlichen Handelns
- Nr. 52 Von der Freiheit des konservativen Denkens –
Grundlagen eines modernen Konservatismus
- Nr. 53 Wie funktioniert Integration? Mechanismen und Prozesse
- Nr. 54 Verwirrspiel Rente – Wege und Irrwege zu einem gesicherten Lebensabend
- Nr. 55 Die Piratenpartei –
Hype oder Herausforderung für die deutsche Parteienlandschaft?
- Nr. 56 Die politische Kultur Südafrikas – 16 Jahre nach Ende der Apartheid
- Nr. 57 CSU- und CDU-Wählerschaften im sozialstrukturellen Vergleich
- Nr. 58 Politik mit „Kind und Kegel“ –
Zur Vereinbarkeit von Familie und Politik bei Bundestagsabgeordneten
- Nr. 59 Die Wahlergebnisse der CSU – Analysen und Interpretationen
- Nr. 60 Der Islamische Staat – Grundzüge einer Staatsidee
- Nr. 61 Arbeits- und Lebensgestaltung der Zukunft – Ergebnisse einer Umfrage in
Bayern
- Nr. 62 Impulse aus dem anderen Iran –
Die systemkritische iranische Reformtheologie und der
christlich-islamische Dialog in Europa
- Nr. 63 Bayern, Tschechen und Sudetendeutsche:
Vom Gegeneinander zum Miteinander
- Nr. 64 Großbritannien nach der Unterhauswahl 2015
- Nr. 65 Die ignorierte Revolution?
Die Entwicklung von den syrischen Aufständen zum Glaubenskrieg
- Nr. 66 Die Diskussion um eine Leitkultur –
Hintergrund, Positionen und aktueller Stand
- Nr. 67 Europäische Energiesicherheit im Wandel –
Globale Energiemegatrends und ihre Auswirkungen

BISHER ERSCHIENEN

- Nr. 68 Chinas Seidenstraßeninitiative und die EU: Aussichten für die Zukunft –
China’s Silk Road Initiative and the European Union:
Prospects for the Future
- Nr. 69 Christliche Kirchen und Parteien – Übereinstimmungen und Gegensätze
- Nr. 70 Krisenherd Iran – Innere Entwicklung und außenpolitischer Kurs seit 2015

IMPRESSUM

ISBN	978-3-88795-564-9
Herausgeber	Copyright 2019, Hanns-Seidel-Stiftung e.V. Lazarettstraße 33, 80636 München, Tel. +49 (0)89 / 1258-0 E-Mail: info@hss.de , Online: www.hss.de
Vorsitzende	Prof. Ursula Männle, Staatsministerin a.D.
Generalsekretär	Oliver Jörg
Autoren	Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser Wahid H. Tabatabai
Redaktion	Barbara Fürbeth M.A.(Redaktionsleiterin) Susanne Berke, Dipl.-Bibl. (Redakteurin) Claudia Magg-Frank, Dipl. sc. pol. (Redakteurin) Marion Steib (Gestaltung, Satz, Layout)
V.i.S.d.P.	Thomas Reiner (Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit)
Umschlaggestaltung	Gundula Kalmer, München
Druck	Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Hausdruckerei, München
Hinweise	Zur besseren Lesbarkeit der Texte wird auf die gleichzeitige Verwendung femininer und maskuliner Sprachformen verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten geschlechtsneutral bzw. für alle Geschlechter.

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, Verbreitung sowie Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil dieses Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Das Copyright für diese Publikation liegt bei der Hanns-Seidel-Stiftung e.V.



**Hanns
Seidel
Stiftung**

